

(per E-Mail)

Frau Dr. Barbara Hans
Chefredakteurin
Spiegel Online
barbara.hans@spiegel.de

4. Januar 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Hans,

wir beziehen uns auf den Artikel "Bekannter Hongkonger Aktivist muss vier Monate ins Gefängnis", der am 29. Dezember 2020 auf *Spiegel Online* veröffentlicht wurde. Wir bedauern, dass der Artikel die Aussage "Das Gesetz ist der bisher weitestgehende Eingriff in Hongkongs Autonomie und gibt Chinas Staatssicherheit weitreichende Vollmachten" enthält, die sich nicht auf Fakten stützt.

Im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesetzes über die nationale Sicherheit (das Gesetz) hat die Regierung betont, dass es darauf abzielt, das System unserer Stadt zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit sowie die langfristige Stabilität und Sicherheit der Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR) zu verbessern. Das Gesetz legt eindeutig fest, dass die legitimen Rechte und Freiheiten, einschließlich der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Prozeptionsfreiheit, die den Einwohnern Hongkongs nach dem Basic Law, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wie sie auf Hongkong angewandt werden, zustehen, geschützt werden sollen.

Darüber hinaus berührt das Gesetz nicht die legitimen Rechte der Einwohner Hongkongs auf Ausübung der Redefreiheit, einschließlich der Kritik an der Politik oder an Entscheidungen der Regierung. Auch die Informationsfreiheit, die akademische Freiheit, politische Studien, der Schutz personenbezogener Daten und allgemeine Geschäftsaktivitäten werden nicht beeinträchtigt.

Die Regierung der SAR Hongkong erkennt uneingeschränkt an, dass die Rechtsstaatlichkeit der Eckpfeiler des langfristigen Wohlstands und der Stabilität Hongkongs ist, und ist entschlossen, diesen Grundwert jederzeit zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor, Wirtschafts- und Handelsbüro Hongkong in Berlin